

# Sächsisches Amtsblatt

Amtlicher Anzeiger Nr. 4/2025

23. Januar 2025

## Inhaltsverzeichnis

### Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Zweckverbandes Kulturraum  
Oberlausitz-Niederschlesien über die öffentliche  
Auslegung des Entwurfes der Haushaltssatzung für  
das Haushaltsjahr 2025 vom 16. Dezember 2024 ..... A 34

Bekanntmachung des Planungsverbandes Region  
Chemnitz über die Haushaltssatzung des Pla-  
nungsverbands Region Chemnitz für das Haus-  
haltsjahr 2025 vom 20. Dezember 2024 ..... A 35

Bekanntmachung des Planungsverbandes Region  
Chemnitz über die Auslegung der Haushaltssat-  
zung für das Haushaltsjahr 2025 vom 20. Dezember  
2024 ..... A 36

Bekanntmachung des Planungsverbandes Region  
Chemnitz über die Erteilung der Genehmigung der  
Satzung des Planungsverbandes Region Chem-  
nitz über den Regionalplan für die Planungsregion  
Chemnitz (Regionalplan Region Chemnitz 2024)  
vom 17. Dezember 2024 ..... A 37

Bekanntmachung der AOK PLUS – Die Gesund-  
heitskasse für Sachsen und Thüringen. zum Verlust  
eines Dienstausweises vom 6. Januar 2025 ..... A 40

Bekanntmachung der Haushaltssatzung und des  
Wirtschaftsplans 2025 des Abwasserzweckverban-  
des für die Reinhaltung der Parthe (AZV Parthe)  
gemäß § 58 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes  
über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung  
mit § 76 Absatz 3 der Sächsischen Gemeindeord-  
nung vom 7. Januar 2025 ..... A 41

Bekanntmachung des Abwasserzweckverbandes  
Lungwitztal-Steegenwiesen über die Haushalts-  
satzung für das Haushaltsjahr 2025 vom 8. Januar  
2025 ..... A 42

Bekanntmachung des Zweckverbandes für die Ver-  
bundsparkasse „Ostsächsische Sparkasse Dres-  
den“ über die Sitzung der Verbandsversammlung  
vom 7. Januar 2025 ..... A 44

Bekanntmachung des Kulturraumes Erzgebirge-  
Mittelsachsen über die Haushaltssatzung für das  
Haushaltsjahr 2025 vom 8. Januar 2025 ..... A 45

Bekanntmachung des Zweckverbandes Naturpark  
Erzgebirge/Vogtland über die Haushaltssatzung  
2025 vom 10. Januar 2025 ..... A 47

Bekanntmachung des Zweckverbandes Natur-  
park Erzgebirge/Vogtland über die Auslegung der  
Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 vom  
10. Januar 2025 ..... A 48

Bekanntmachung des Regionalen Planungsverban-  
des Oberlausitz-Niederschlesien zur Auslegung  
des Entwurfes der Haushaltssatzung 2025 vom  
9. Januar 2025 ..... A 49

Bekanntmachung des Regionalen Planungsverban-  
des Oberlausitz-Niederschlesien über die 124. Sit-  
zung der Verbandsversammlung vom 9. Januar  
2025 ..... A 50

Grundordnung des Studentenwerks Dresden vom  
5. Dezember 2024 ..... A 51

Bekanntmachung des Vereins „Förderverein der  
Grundschule Euba e.V.“ über die Auflösung des  
Vereins (Amtsgericht Chemnitz – VR 2122) vom  
7. Januar 2025 ..... A 56

### Gerichte

Aufgebotsverfahren ..... A 57

**Stellenausschreibungen** ..... A 59

**Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen**  
**Bekanntmachung**  
**des Zweckverbandes Kulturreaum Oberlausitz-Niederschlesien**  
**über die öffentliche Auslegung des Entwurfes**  
**der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025**  
**Vom 16. Dezember 2024**

Gemäß § 76 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S. 500) geändert worden ist, wird der Entwurf der Haushaltssatzung 2025

**vom 27. Januar 2025 bis einschließlich 4. Februar 2025**

öffentlich ausgelegt und kann beim Kulturreaum Oberlausitz-Niederschlesien, c/o Landratsamt Görlitz, Bahnhofstraße 24, Zimmer 1.23, zu folgenden Zeiten eingesehen werden:

Montag bis Freitag      von 8:30 Uhr bis 12:00 Uhr  
Dienstag, Donnerstag    von 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Der Entwurf der Haushaltssatzung wird auf Anfrage auch elektronisch zur Verfügung gestellt. Einwohner und Abgabepflichtige haben die Möglichkeit, für die Dauer von 14 Arbeitstagen Einwendungen gegen den Entwurf zu erheben. Die Frist beginnt mit dem ersten Tag an dem der Entwurf öffentlich ausliegt und endet am 13. Februar 2025. Einwendungen sind an oben genannte Adresse zu richten.

Görlitz, den 16. Dezember 2024

Zweckverband Kulturreaum Oberlausitz-Niederschlesien  
Dr. Stephan Meyer  
Vorsitzender des Kulturkonvents des Kulturreaumes Oberlausitz-Niederschlesien

# Bekanntmachung des Planungsverbandes Region Chemnitz über die Haushaltssatzung des Planungsverbandes Region Chemnitz für das Haushaltsjahr 2025

**Vom 20. Dezember 2024**

Aufgrund § 12 des Landesplanungsgesetzes vom 11. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 706), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Juni 2024 (SächsGVBl. S. 522) geändert worden ist, in Verbindung mit § 74 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S. 500) geändert worden ist, und in Verbindung mit § 1 Absatz 1 der Verbandssatzung hat die Verbandsversammlung des Planungsverbandes Region Chemnitz in der Sitzung am 28. November 2024 folgende Haushaltssatzung erlassen:

## § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025, der die für die Erfüllung der Aufgaben des Planungsverbandes Region Chemnitz voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird

im Ergebnishaushalt mit dem

– Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	1.696.900,00 EUR
– Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	2.016.150,00 EUR
– Saldo aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen (ordentliches Ergebnis) auf	–319.250,00 EUR
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge auf	0,00 EUR
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen auf	0,00 EUR
– Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (Sonderergebnis) auf	0,00 EUR
– Gesamtergebnis auf	–319.250,00 EUR
– Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren auf	0,00 EUR
– Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren auf	0,00 EUR
– Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0,00 EUR
– Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0,00 EUR
– veranschlagtes Gesamtergebnis auf	–319.250,00 EUR

im Finanzhaushalt mit dem

– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.696.900,00 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.001.150,00 EUR
– Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit als Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	–304.250,00 EUR
– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0,00 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	33.000,00 EUR
– Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	–33.000,00 EUR
– Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus dem Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	–337.250,00 EUR
– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR
– Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR
– Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr auf	–337.250,00 EUR

festgesetzt.

## § 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

## § 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

## § 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf, wird auf festgesetzt.

100.000,00 EUR

## § 5

Die Verbandsumlage nach § 9 Abs. 1 der Verbandsatzung i. V. m. § 12 Abs. 2 SächsLPIG beträgt im Haushaltsjahr 2025 insgesamt

0,00 EUR

- davon im Ergebnishaushalt
- davon im Finanzhaushalt

0,00 EUR  
0,00 EUR

Zwickau, den 20. Dezember 2024

Planungsverband Region Chemnitz  
Sven Schulze  
Oberbürgermeister  
amtierender Verbandsvorsitzender

## **Bekanntmachung des Planungsverbandes Region Chemnitz über die Auslegung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025**

**Vom 20. Dezember 2024**

Die vorstehende Satzung wurde am 28. November 2024 beschlossen und der Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 3. Dezember 2024 gemäß § 76 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung vorgelegt. Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2025 enthalten keine genehmigungspflichtigen Teile und sind somit nicht genehmigungspflichtig. Die Rechtsaufsichtsbehörde hat mit Bescheid vom 18. Dezember 2024 die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung 2025 festgestellt.

Der Haushaltsplan 2025 wird mit der öffentlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2025 ab dem 23. Januar 2025 für die Dauer einer Woche auf der Homepage des Planungsverbandes Region Chemnitz ([www.pv-rc.de/bekanntmachungen.php](http://www.pv-rc.de/bekanntmachungen.php)) elektronisch zur Verfügung gestellt.

Zwickau, den 20. Dezember 2024

Planungsverband Region Chemnitz  
Sven Schulze  
Oberbürgermeister  
amtierender Verbandsvorsitzender

# Bekanntmachung des Planungsverbandes Region Chemnitz über die Erteilung der Genehmigung der Satzung des Planungsverbandes Region Chemnitz über den Regionalplan für die Planungsregion Chemnitz (Regionalplan Region Chemnitz 2024)

**Vom 17. Dezember 2024**

Die Verbandsversammlung des Planungsverbandes Region Chemnitz hat in ihrer öffentlichen Sitzung am 20. Juni 2023 mit Beschluss Nummer 05/2023 den Regionalplan für die Planungsregion Chemnitz (Regionalplan Region Chemnitz) als Satzung beschlossen.

Mit Bescheid des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung vom 22. Februar 2024 (Az.: 41-2414/5/13-2023/44447) wurde dieser gemäß § 7 Absatz 2 Satz 2 des Landesplanungsgesetzes vom 11. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 706), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Juni 2024 (SächsGVBl. S. 522) geändert worden ist, unter Herausnahme bestimmter Plansätze und Abwägungen von der Genehmigung sowie unter Maßgaben genehmigt. Der Bescheid vom 22. Februar 2024 über die Genehmigung ist dieser Bekanntmachung als Anhang beigefügt.

Die Verbandsversammlung des Planungsverbandes Region Chemnitz hat sich in ihrer öffentlichen Sitzung am 11. April 2024 mit den von der Genehmigung nicht erfassten Teilen sowie den dort formulierten Maßgaben befasst und dazu den Beschluss Nummer 04/2024 (Abtrennungs- und Beitrittsbeschluss zum Genehmigungsbescheid des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung) gefasst. Mit diesem Beschluss hat die Verbandsversammlung beschlossen, den im Bescheid vom 22. Februar 2024 enthaltenen Maßgaben beizutreten und die unbeanstandeten, genehmigten Teile des Regionalplans Region Chemnitz mit den unter Maßgaben genehmigten Teilen desselben in Kraft zu setzen. Zudem wurde beschlossen, dass soweit einzelne Plansätze und Abwägungen aus der Genehmigung ausgenommen worden sind, diese zunächst nicht in Kraft gesetzt werden. Der Wortlaut des Beschlusses Nummer 04/2024 ist Bestandteil der ausgefertigten Planfassung und damit an der unten genannten Auslegungsstelle und im Internet einsehbar.

Die Erteilung der Genehmigung des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung vom 22. Februar 2024 (Az.: 41-2414/5/13-2023/44447) wird hiermit gemäß § 10 Absatz 1 des Raumordnungsgesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist, in Verbindung mit § 7 Absatz 3 Satz 5 des Landesplanungsgesetzes öffentlich bekannt gemacht. Die Bekanntmachung erfolgt nach § 10 Absatz 1 der Satzung des Planungsverbandes Region Chemnitz vom 29. Januar 2020, bekannt gegeben am 13. Februar 2020 (SächsABl. AAz. S. A129), und zusätzlich durch elektronische Veröffentlichung auf der Internetseite des Planungsverbandes (<https://www.pv-rc.de/bekanntmachungen.php>). Der am 20. Juni 2023 als Satzung beschlossene Regionalplan für die Planungsregion Chemnitz (Regionalplan Region Chemnitz) in der Fassung des Abtrennungs- und Beitrittsbeschlusses vom 11. April 2024 zum Genehmigungsbescheid des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalplanung vom 22. Februar 2024 wird ge-

mäß § 10 Absatz 1 des Raumordnungsgesetzes mit dieser Bekanntmachung wirksam.

Der Regionalplan Region Chemnitz ist ein Raumordnungsplan gemäß § 13 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Raumordnungsgesetzes in Verbindung mit § 4 des Landesplanungsgesetzes. Das Plangebiet umfasst

- die kreisfreie Stadt Chemnitz
- den Erzgebirgskreis mit den Gemeinden Amtsberg; Annaberg-Buchholz, Stadt; Aue-Bad Schlema, Stadt; Auerbach; Bärenstein; Bockau; Börschen/Erzgeb.; Breitenbrunn/Erzgeb.; Burkhardtsdorf; Crottendorf; Deutschnendorf; Drebach; Ehrenfriedersdorf, Stadt; Eibenstock, Stadt; Elterlein, Stadt; Gelenau/Erzgeb.; Geyer, Stadt; Gornau/Erzgeb.; Gornsdorf; Großolbersdorf; Großrückerswalde; Grünhain-Beierfeld, Stadt; Grünhainichen; Heidersdorf; Hohndorf; Jahnsdorf/Erzgeb.; Johanngeorgenstadt, Stadt; Jöhstadt, Stadt; Königswalde; Lauter-Bernsbach, Stadt; Löbnitz, Stadt; Lugau/Erzgeb., Stadt; Marienberg, Stadt; Mildenau; Neukirchen/Erzgeb.; Niederdorf; Niederwürschnitz; Oberwiesenthal, Kurort, Stadt; Oelsnitz/Erzgeb., Stadt; Olbernhau, Stadt; Pockau-Lengefeld, Stadt; Raschau-Markersbach; Scheibenberg, Stadt; Schlettau, Stadt; Schneeberg, Stadt; Schönheide; Schwarzenberg/Erzgeb., Stadt; Sehmatal; Seiffen/Erzgeb., Kurort; Stollberg/Erzgeb., Stadt; Stützengrün; Tannenberg; Thalheim/Erzgeb., Stadt; Thermalbad Wiesenbad; Thum, Stadt; Wolkenstein, Stadt; Zschopau, Stadt, Motorradstadt; Zschorlau; Zwönitz, Stadt;
- den Landkreis Mittelsachsen mit den Gemeinden Altmittweida; Augustusburg, Stadt; Bobritzsch-Hilbersdorf; Brand-Erbisdorf, Stadt; Burgstädt, Stadt; Claußnitz; Döbeln, Stadt; Dorfchemnitz; Eppendorf; Erlau; Flöha, Stadt; Frankenberg/Sa., Stadt; Garnisonsstadt; Frauenstein, Stadt; Freiberg, Stadt, Universitätsstadt; Geringswalde, Stadt; Großhartmannsdorf; Großschirma, Stadt; Großweitzschen; Hainichen, Stadt; Halsbrücke; Hartha, Stadt; Hartmannsdorf; Jahnatal; Königsfeld; Königshain-Wiederau; Kriebstein; Leisnig, Stadt; Leubsdorf; Lichtenau; Lichtenberg/Erzgeb.; Lunzenau, Stadt; Mittweida, Stadt, Hochschulstadt; Mühlau; Mulda/Sa.; Neuhausen/Erzgeb.; Niederwiesa; Oberschöna; Oederan, Stadt; Penig, Stadt; Rechenberg-Bienenmühle; Reinsberg; Rochlitz, Stadt; Rossau; Roßwein, Stadt; Sayda, Stadt; Seelitz; Strieglitz; Taura; Waldheim, Stadt; Wechselburg; Weißenborn/Erzgeb.; Zettlitz;
- den Vogtlandkreis mit den Gemeinden Adorf/Vogtl., Stadt; Auerbach/Vogtl., Stadt; Bad Brambach; Bad Elster, Stadt; Bergen; Bösenbrunn; Eichigt; Ellefeld; Elsterberg, Stadt; Falkenstein/Vogtl., Stadt; Grünbach; Heinsdorfergrund; Klingenthal, Stadt; Lengenfeld, Stadt; Limbach; Markneukirchen, Stadt; Mühlental; Muldenhammer; Netzschkau, Stadt; Neuensalz; Neumark; Neustadt/Vogtl.; Oelsnitz/Vogtl., Stadt; Pausa-Mühltröf, Stadt; Plauen, Stadt; Pöhl; Reichenbach im Vogtland, Stadt; Rodewisch, Stadt; Rosenbach/Vogtl.;

- Schöneck/Vogtl., Stadt; Steinberg; Theuma; Tirpersdorf; Treuen, Stadt; Triebel/Vogtl.; Weischlitz; Werdau;
- den Landkreis Zwickau mit den Gemeinden Bernsdorf; Callenberg; Crimmitschau, Stadt; Crinitzberg; Dennheritz; Fraureuth; Gersdorf; Glauchau, Stadt; Hartenstein, Stadt; Hartmannsdorf b. Kirchberg; Hirschfeld; Hohenstein-Ernstthal, Stadt; Kirchberg, Stadt; Langenbernsdorf; Langenweißbach; Lichtenstein/Sa., Stadt; Lichentanne; Limbach-Oberfrohna, Stadt; Meerane, Stadt; Mülsen; Neukirchen/Pleiße; Niederfrohna; Oberlungwitz, Stadt; Oberwiera; Reinsdorf; Remse; Schönberg; St. Egidien; Waldenburg, Stadt; Werdau, Stadt; Wildenfels, Stadt; Wilkau-Haßlau, Stadt; Zwickau, Stadt, Hochschulstadt.

Der Regionalplan Region Chemnitz enthält textliche und zeichnerische Festlegungen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raumes. Dazu gehören insbesondere Festlegungen

- zur Raum- und Siedlungsstruktur (zum Beispiel zu Grundzentren, Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion Schwerpunktbereichen für Siedlungsentwicklungen),
- zur Freiraumstruktur (zum Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft, Wasser, Land- und Forstwirtschaft sowie Rohstoffsicherung und -gewinnung) und
- zur Infrastruktur (zum Beispiel zum Verkehr und zur Energieversorgung und Erneuerbaren Energien).

Darüber hinaus enthält der Regionalplan im Anhang A 1 die Inhalte der Landschaftsplanung gemäß § 6 Absatz 2 des Sächsischen Naturschutzgesetzes vom 6. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 451), das zuletzt durch das Gesetz vom 22. Juli 2024 (SächsGVBl. S. 672) geändert worden ist.

Gemäß § 10 Absatz 2 Satz 1 des Raumordnungsgesetzes in Verbindung mit § 7 Absatz 4 Satz 1 des Landesplanungsgesetzes werden der Regionalplan Region Chemnitz mit der zugehörigen Begründung und der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Absatz 3 des Raumordnungsgesetzes, der Umweltbericht und als nach Einschätzung des Planungsverbandes zweckdienliche Unterlage der Fachbeitrag zum Landschaftsrahmenplan Region Chemnitz sowie eine Rechtsbehelfsbelehrung im Internet unter der Adresse <https://www.pv-rc.de> veröffentlicht. Alle diese Dokumente werden gemäß § 10 Absatz 2 Satz 3 des Raumordnungsgesetzes auch in der Verbandsgeschäftsstelle des Planungsverbandes Region Chemnitz, Werdauer Straße 62, 08056 Zwickau zur kostenfreien Einsicht für Jedermann bereitgehalten.

Zwickau, den 17. Dezember 2024

Planungsverband Region Chemnitz  
Sven Schulze  
Oberbürgermeister  
1. Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden

Auf die Voraussetzungen der Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und die damit verbundenen Rechtsfolgen wird gemäß § 11 Absatz 5 Satz 2 des Raumordnungsgesetzes wie folgt hingewiesen: Nach den gesetzlichen Regelungen werden eine nach § 11 Absatz 1 Nummer 1 und 2 des Raumordnungsgesetzes beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, nach § 11 Absatz 3 des Raumordnungsgesetzes beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs sowie eine nach § 11 Absatz 4 des Raumordnungsgesetzes beachtliche Verletzung der Vorschriften über die Umweltprüfung unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung gegenüber der zuständigen Stelle unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Zuständige Stelle ist gemäß § 8 des Landesplanungsgesetzes der Planungsverband Region Chemnitz. Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften ist gemäß § 8 Satz 2 des Landesplanungsgesetzes schriftlich geltend zu machen und an die nachfolgende Adresse zu richten:

Planungsverband Region Chemnitz  
Werdauer Straße 62  
08056 Zwickau

Gegen die Satzung über den Regionalplan für die Planungsregion Chemnitz (Regionalplan Region Chemnitz) kann innerhalb eines Jahres nach öffentlicher Bekanntmachung der Erteilung der Genehmigung dieser Satzung Antrag auf Normenkontrolle gemäß § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils geltenden Fassung beim Sächsischen Obergericht in Bautzen (Hausanschrift: Ortenburg 9, 02625 Bautzen; Postanschrift: Sächsisches Obergericht, Postfach 4443, 02634 Bautzen) gestellt werden. Der Antrag ist schriftlich oder in elektronischer Form nach Maßgabe von § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung sowie der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. 13803) in der jeweils geltenden Fassung zu stellen.

Vor dem Sächsischen Obergericht müssen sich die Beteiligten – außer im Prozesskostenhilfefahren – durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen [§ 67 Absatz 4 und 5 der Verwaltungsgerichtsordnung, §§ 3 und 5 des Einführungsgesetzes zum Rechtsdienstleistungsgesetz vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840, 2846) in der jeweils geltenden Fassung]. Dies gilt bereits für die Stellung des Normenkontrollantrags beim Sächsischen Obergericht.

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Zur Satzung über den Regionalplan für die Planungsregion Chemnitz (Regionalplan Region Chemnitz) in der Fassung des Satzungsbeschlusses vom 20. Juni 2023 (Beschluss Nummer 05/2023) und des Abtrennungs- und Beitrittsbeschlusses vom 11. April 2024 (Beschluss Nummer 04/2024) zum Genehmigungsbescheid des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung vom 22. Februar 2024, wirksam ab 23. Januar 2025 mit öffentlicher Bekanntmachung der Genehmigung im Sächsischen Amtsblatt, Amtlicher Anzeiger Nummer 4/2025.

Gegen die Satzung über den Regionalplan für die Planungsregion Chemnitz (Regionalplan Region Chemnitz) kann innerhalb eines Jahres nach öffentlicher Bekanntmachung der Erteilung der Genehmigung dieser Satzung Antrag auf Normenkontrolle gemäß § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686) in der

jeweils geltenden Fassung beim Sächsischen Obergerverwaltungsgericht in Bautzen (Hausanschrift: Ortenburg 9, 02625 Bautzen; Postanschrift: Sächsisches Obergerverwaltungsgericht, Postfach 4443, 02634 Bautzen) gestellt werden. Der Antrag ist schriftlich oder in elektronischer Form nach Maßgabe von § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung sowie der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. 13803) in der jeweils geltenden Fassung zu stellen.

Vor dem Sächsischen Obergerverwaltungsgericht müssen sich die Beteiligten – außer im Prozesskostenhilfverfahren – durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen (§ 67 Absatz 4 und 5 der Verwaltungsgerichtsordnung, §§ 3 und 5 des Einführungsgesetzes zum Rechtsdienstleistungsgesetz vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840, 2846) in der jeweils geltenden Fassung). Dies gilt bereits für die Stellung des Normenkontrollantrags beim Sächsischen Obergerverwaltungsgericht.

Zwickau, den 17. Dezember 2024

Planungsverband Region Chemnitz  
Sven Schulze  
Oberbürgermeister  
1. Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden

## **Bekanntmachung der AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen. zum Verlust eines Dienstausweises**

**Vom 6. Januar 2025**

Der für Frau Marion Herzog, Bereichsleiterin Recht im Bereich Recht, 01067 Dresden, Sternplatz 7, ausgestellte Dienstausweis Nummer 04068 ist verlorengegangen. Der Verlust wurde am 18. November 2024 bemerkt und passierte vermutlich am Dienstort in Dresden.

Es handelt sich dabei um einen Ausweis, der die Mitarbeitenden im Rahmen ihrer Aufgabenstellung berechtigt, die AOK PLUS nach außen zu vertreten.

Der Dienstausweis ist gültig bis zum 31. August 2027.

Der Dienstausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

Dresden, den 6. Januar 2025

AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen.  
Rainer Striebel  
Vorsitzender des Vorstandes



**Bekanntmachung**  
**der Haushaltssatzung und des Wirtschaftsplans 2025**  
**des Abwasserzweckverbandes für die Reinhaltung der Parthe**  
**(AZV Parthe)**  
**gemäß § 58 Absatz 1**  
**des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit**  
**in Verbindung mit § 76 Absatz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung**  
**Vom 7. Januar 2025**

**Öffentliche Bekanntmachung des AZV Parthe**

I.

Die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes für die Reinhaltung der Parthe hat am 11. Dezember 2024 die

**Haushaltssatzung**

für das Jahr 2025 beschlossen.

Der Wirtschaftsplan wird festgesetzt:

im Erfolgsplan – Ertragsseite auf	12.798.607 €
im Erfolgsplan – Aufwandsseite auf	10.900.568 €
Jahresgewinn	1.898.039 €
Ausgleich durch Gemeinden (Umlagen)	0 €

Summen der Einzahlungen und Auszahlungen im Liquiditätsplan:

Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	5.601.000 €
Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-4.818.000 €

Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-1.902.000 €
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-1.119.000 €

Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	8.996.000 €
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	7.877.000 €

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) wird wie folgt festgesetzt:

– zur Deckung der Ausgaben für Investitionen	1.189.925 €
--	-------------

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf:	995.000 €
--	-----------

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf:	5.812.669 €
---	-------------

Umlagen von Verbandsmitgliedern werden festgesetzt auf:	
Betriebskostenumlage	215.445 €
Kapitalkostenumlage	1.075.026 €

Borsdorf, den 7. Januar 2025

Abwasserzweckverband für die Reinhaltung der Parthe  
 Birgit Kaden  
 Verbandsvorsitzende

II.

Die Landesdirektion Sachsen hat im Rahmen des Vollzugs der Sächsischen Gemeindeordnung, des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit und der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung die Haushaltssatzung des Abwasserzweckverbandes für die Reinhaltung der Parthe für das Wirtschaftsjahr 2025 mit Bescheid vom 17. Dezember 2024 genehmigt.

das Wirtschaftsjahr 2025 einschließlich des Bescheides der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der Haushaltssatzung für das Wirtschaftsjahr 2025 vom 17. Dezember 2024 werden in der Zeit vom **27. Januar 2025 bis 3. Februar 2025** öffentlich zu den üblichen Geschäfts- und Öffnungszeiten zur Einsichtnahme durch die Bürger, Einwohner sowie Abgabepflichtige des Verbandsgebietes in der Geschäftsstelle in 04451 Borsdorf, Am Klärwerk, ausgelegt und auf der Homepage [www.azv-parthe.de](http://www.azv-parthe.de) bekannt gemacht.

III.

**Öffentliche Auslage**

Die Haushaltssatzung und der Wirtschaftsplan des Abwasserzweckverbandes für die Reinhaltung der Parthe für

Auf die Auslage wird ausdrücklich hingewiesen.

Borsdorf, den 7. Januar 2025

Abwasserzweckverband für die Reinhaltung der Parthe  
 Birgit Kaden  
 Verbandsvorsitzende

# Bekanntmachung des Abwasserzweckverbandes Lungwitztal-Steegenwiesen über die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025

**Vom 8. Januar 2025**

Aufgrund von § 58 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, in Verbindung mit § 74 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S. 500) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung in der Sitzung am 29. November 2024 folgende Haushaltssatzung erlassen:

## § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025, der die für die Erfüllung der Aufgaben des Abwasserzweckverbandes voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird:

im Ergebnishaushalt mit dem	
– Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	5.528.700,00 EUR
– Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	2.679.000,00 EUR
– Saldo aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen (ordentliches Ergebnis) auf	2.849.700,00 EUR
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge auf	0,00 EUR
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen auf	0,00 EUR
– Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (Sonderergebnis) auf	0,00 EUR
– Gesamtergebnis auf	2.849.700,00 EUR
– Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren auf	0,00 EUR
– Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren auf	0,00 EUR
– Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0,00 EUR
– Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0,00 EUR
– veranschlagtes Gesamtergebnis auf	2.849.700,00 EUR

im Finanzhaushalt mit dem	
– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	3.338.600,00 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.675.500,00 EUR
– Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit als Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	663.100,00 EUR
– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	356.500,00 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	366.900,00 EUR
– Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-10.400,00 EUR
– Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus dem Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	652.700,00 EUR
– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR
– Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR
– Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr auf	652.700,00 EUR

festgesetzt.

## § 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

## § 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

## § 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf, wird auf 525.000,00 EUR festgesetzt.

## § 5

Die Umlage zur Deckung des Finanzbedarfs für Straßenentwässerungskostenanteile für das Jahr 2025 gemäß § 10 Abs. 2 der Verbandssatzung wird im Ergebnishaushalt auf  
und im Finanzhaushalt auf  
festgesetzt.

2.266.712,00 EUR  
2.266.712,00 EUR

**Bestätigung der Gesetzmäßigkeit durch die Rechtsaufsichtsbehörde:**

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 20. Dezember 2024 die Gesetzmäßigkeit der Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2025 mit dem Haushaltsplan (Beschluss-Nummer 10/2024) des Abwasserzweckverbandes Lungwitztal-Steegenwiesen bestätigt.

**Bekanntmachungsvermerk:**

Die vorstehende Satzung wird hiermit bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 47 Absatz 2 Satz 1 und § 5 Absatz 3 Satz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Sächsischen Gemeindeordnung zustande gekommen sind,

ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Absatz 3 in Verbindung mit § 21 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Die Haushaltssatzung des Haushaltsjahres 2025, einschließlich Haushaltsplan des Abwasserzweckverbandes Lungwitztal-Steegenwiesen werden im Zeitraum vom 27. Januar 2025 bis einschließlich 2. Februar 2025 elektronisch unter online unter der Webadresse <https://www.wad-gmbh.de/index.php/wad/AZV/Auslegungen> zur Verfügung gestellt.

Remse, OT Weidensdorf, den 8. Januar 2025

Abwasserzweckverband Lungwitztal-Steegenwiesen  
Röthig  
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung  
des Zweckverbandes für die Verbundsparkasse  
„Ostsächsische Sparkasse Dresden“  
über die Sitzung der Verbandsversammlung**

**Vom 7. Januar 2025**

Am Dienstag, dem 4. Februar 2025, wird um 16:00 Uhr in der Ostsächsischen Sparkasse Dresden, Forum am Altmarkt, Dr.-Külz-Ring 17, 01067 Dresden, eine öffentliche Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Verbundsparkasse „Ostsächsische Sparkasse Dresden“ stattfinden, für die folgende Tagesordnung vorgesehen ist:

- TOP 1** Begrüßung; Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung von Hinderungsgründen und Beschlussfähigkeit
- TOP 2** Verpflichtung der Vertreter in der Verbandsversammlung
- TOP 3** Wahl des Zweckverbandsvorsitzenden
- TOP 4** Wahl des stellvertretenden Zweckverbandsvorsitzenden
- TOP 5** Wahl des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Ostsächsischen Sparkasse Dresden gemäß § 10 Absatz 2 Satz 1, Absatz 3 des Sächsischen Sparkassengesetzes

- TOP 6** Wahl von weiteren Mitgliedern des Verwaltungsrates der Ostsächsischen Sparkasse Dresden
  - a) Festlegung der Zahl der Mitglieder, die gemäß § 11 Absatz 1 Satz 4 und Absatz 2 des Sächsischen Sparkassengesetzes aus der Mitte der Vertretung des Trägers zu wählen sind
  - b) Wahl der der Vertretung des Trägers angehörenden weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates gemäß § 11 Absatz 1 Satz 1 bis 3 des Sächsischen Sparkassengesetzes und des Stellvertreters gemäß § 11 Absatz 1 Satz 5 des Sächsischen Sparkassengesetzes
  - c) Wahl der übrigen weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates gemäß § 11 Absatz 1 Satz 1 bis 3 des Sächsischen Sparkassengesetzes und des Stellvertreters gemäß § 11 Absatz 1 Satz 5 des Sächsischen Sparkassengesetzes
- TOP 7** Wahl des ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Verwaltungsrates gemäß § 10 Absatz 2 Satz 1, Absatz 3 des Sächsischen Sparkassengesetzes
- TOP 8** Wahl des zweiten Stellvertreters des Vorsitzenden des Verwaltungsrates gemäß § 10 Absatz 2 Satz 2, Absatz 3 des Sächsischen Sparkassengesetzes
- TOP 9** Sonstiges

Dresden, den 7. Januar 2025

Zweckverband für die Verbundsparkasse  
„Ostsächsische Sparkasse Dresden“  
Dirk Hilbert  
Verbandsvorsitzender

# Bekanntmachung des Kulturraumes Erzgebirge-Mittelsachsen über die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025

**Vom 8. Januar 2025**

Aufgrund von § 74 der Sächsischen Gemeindeordnung, in der jeweils geltenden Fassung, hat der Kulturkonvent in der Sitzung am 6. Dezember 2024 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

## § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025, der die für die Erfüllung der Aufgaben des Zweckverbandes Kulturraum Erzgebirge-Mittelsachsen voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird:

im Ergebnishaushalt mit dem

– Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	21.023.665,00 EUR
– Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	22.157.915,00 EUR
– Saldo aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen (ordentliches Ergebnis) auf	–1.134.250,00 EUR
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge auf	0,00 EUR
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen auf	0,00 EUR
– Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (Sonderergebnis) auf	0,00 EUR
– <b>Gesamtergebnis auf</b>	<b>–1.134.250,00 EUR</b>

– Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren auf	0,00 EUR
– Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren auf	0,00 EUR
– Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0,00 EUR
– Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0,00 EUR
– <b>veranschlagtes Gesamtergebnis auf</b>	<b>–1.134.250,00 EUR</b>

im Finanzhaushalt mit dem

– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	21.023.665,00 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	22.153.515,00 EUR
– <b>Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit als Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf</b>	<b>–1.129.850,00 EUR</b>

– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	394.565,00 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	414.565,00 EUR
– <b>Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf</b>	<b>–20.000,00 EUR</b>
– <b>Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus dem Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf</b>	<b>–1.149.850,00 EUR</b>

– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR
– <b>Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf</b>	<b>0,00 EUR</b>
– <b>Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr auf</b>	<b>–1.149.850,00 EUR</b>

festgesetzt.

## § 2

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen werden nicht veranschlagt.

## § 3

Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen werden nicht veranschlagt.

## § 4

Kassenkredite werden nicht veranschlagt.

## § 5

Der Hebesatz der Kulturumlage wird mit 0,85000000 v. H. der Umlagegrundlagen für den Kulturraum Erzgebirge-Mittelsachsen festgesetzt.

## § 6

Der Stellenplan wird in der Fassung der Anlage festgesetzt.

Die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses des Kulturkonventes vom 6. Dezember 2024 über die Haushaltssatzung des Jahres 2025 des Kulturraumes Erzgebirge-Mittelsachsen wurde durch die Rechtsaufsichtsbehörde (Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus) mit Bescheid vom 2. Januar 2025 bestätigt.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan des Kulturraumes Erzgebirge-Mittelsachsen für das Haushaltsjahr 2025 liegen im Zeitraum vom 24. Januar 2025 bis 31. Januar 2025 im Kultursekretariat, Augustusburger Straße 10b, 09557 Flöha öffentlich aus und können während der Geschäftszeiten kostenlos durch jedermann eingesehen werden.

Flöha, den 8. Januar 2025

Kulturraum Erzgebirge-Mittelsachsen  
Rico Anton  
Vorsitzender des Kulturkonventes  
Landrat des Erzgebirgskreises

## Bekanntmachung des Zweckverbandes Naturpark Erzgebirge/Vogtland über die Haushaltssatzung 2025

**Vom 9. Januar 2025**

Nachstehend wird die auf der 37. Sitzung der Versammlung des Zweckverbandes Naturpark Erzgebirge/Vogtland am 26. November 2024 beschlossene Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2025 bekannt gegeben. Der von der Landesdirektion Sachsen (LDS) per 18. Dezember 2024 erlassene Bescheid (Geschäftszeichen 20-2217/71/33) enthält folgenden Wortlaut: „Die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses des Zweckverbandes Naturpark ‚Erzgebirge/Vogtland‘ vom 26. November 2024 über die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 wird bestätigt.“

### Haushaltssatzung des Zweckverbandes Naturpark Erzgebirge/Vogtland für das Haushaltsjahr 2025

Aufgrund von § 74 der Sächsischen Gemeindeordnung, in der jeweils geltenden Fassung, hat die Versammlung in der Sitzung am 26.11.2024 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

#### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025, der die für die Erfüllung der Aufgaben des Zweckverbandes voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehende Einzahlungen und zu leistende Auszahlungen enthält, wird:

#### im Ergebnishaushalt mit dem

- Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	<b>635.800 EUR</b>
- Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	<b>633.600 EUR</b>
- Saldo aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen (ordentliches Ergebnis) auf	<b>2.200 EUR</b>
- Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge auf	<b>0 EUR</b>
- Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen auf	<b>0 EUR</b>
- Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (Sonderergebnis) auf	<b>0 EUR</b>
- Gesamtergebnis	<b>2.200 EUR</b>
- Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren auf	<b>0 EUR</b>
- Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren auf	<b>0 EUR</b>
- Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	<b>0 EUR</b>

- Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	<b>0 EUR</b>
- veranschlagtes Gesamtergebnis auf	<b>2.200 EUR</b>

#### im Finanzhaushalt mit dem

- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	<b>635.000 EUR</b>
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	<b>627.100 EUR</b>
- Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit als Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	<b>7.900 EUR</b>
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<b>0 EUR</b>
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<b>3.500 EUR</b>
- Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<b>-3.500 EUR</b>
- Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus dem Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<b>4.400 EUR</b>
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	<b>0 EUR</b>
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	<b>0 EUR</b>
- Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	<b>0 EUR</b>
- Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr auf	<b>4.400 EUR</b>

festgesetzt.

#### § 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf	<b>0 EUR</b>
--	--------------

#### § 3

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird auf	<b>0 EUR</b>
---	--------------

**§ 4**

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf, wird auf festgesetzt.

**100.000 EUR**

Die Verbandsumlage nach §16 Satzung des Zweckverbandes Naturpark Erzgebirge/Vogtland in Verbindung mit § 60 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit wird für das Haushaltsjahr 2025 im Ergebnishaushalt sowie im Finanzhaushalt wie folgt festgesetzt:

**§ 5**

Entfällt

0,32 Euro pro Einwohner der Städte und Gemeinden, die im Naturpark liegen

**81.260 EUR**

0,32 Euro pro Hektar des Flächenanteils im Naturpark

**47.840 EUR****§ 6**

Damit ergibt sich eine Einnahme in Höhe von: **129.100 EUR**

Weitere Festsetzungen: Umlage

Annaberg-Buchholz, den 9. Januar 2025

Rico Anton  
Vorsitzender des Zweckverbandes

## **Bekanntmachung des Zweckverbandes Naturpark Erzgebirge/Vogtland über die Auslegung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025**

**Vom 9. Januar 2025**

Die Haushaltssatzung 2025 (einschließlich Haushaltsplan) liegt

**vom 24. Januar 2025 bis 3. Februar 2025  
(sieben Arbeitstage)**

in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes Naturpark Erzgebirge/Vogtland, Schloßplatz 8, 09487 Schleittau, in der Außenstelle Vogtland, Klingenthaler Straße 25, 08262 Muldenhammer OT Tannenbergesthal und in der Außenstelle Pobershau, Hinterer Grund 4a, 09496 Marienberg OT Pobershau, während der Dienststunden (Montag bis Donnerstag von 08:00 bis 15:30 Uhr sowie Freitag von 8:00 bis 13:00 Uhr) öffentlich aus.

Hinweis gemäß § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S.500) geändert worden ist:

(4) Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein

Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

Annaberg-Buchholz, den 9. Januar 2025

Zweckverband Naturpark Erzgebirge/Vogtland  
Rico Anton  
Landrat und Verbandsvorsitzender



## **Bekanntmachung des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien zur Auslegung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2025**

**Vom 9. Januar 2025**

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2025 einschließlich Haushaltsplan wird gemäß § 76 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S. 500) geändert worden ist, in dem Zeitraum vom

**24. Januar 2025 bis einschließlich 3. Februar 2025**

an sieben Arbeitstagen ausschließlich elektronisch im Internet unter:

<https://www.rpv-oberlausitz-niederschlesien.de/planungsverband/haushalt/haushaltssatzung-und-haushaltsplan.html>

zur Einsicht zur Verfügung gestellt.

Bis zum Ablauf des 14. Arbeitstages nach dem Beginn der Auslegung können Einwendungen erhoben werden. Diese sind bis einschließlich **12. Februar 2025** an den Regionalen Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien, Löbauer Straße 63, 02625 Bautzen, zu richten. Über fristgemäß erhobene Einwendungen beschließt die Verbandsversammlung in öffentlicher Sitzung.

Bei der Abgabe von Einwendungen werden personenbezogenen Daten (zum Beispiel Name und Anschrift), die allein zum Zweck der Durchführung des Verfahrens notwendig und erforderlich sind, erhoben. Die Rechtsgrundlage der Datenerhebung bilden Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e der Datenschutz-Grundverordnung vom 23. Mai 2018, und § 76 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Webseite unter <https://www.rpv-oberlausitz-niederschlesien.de/impressum/datenschutzerklaerung.html>.

Bautzen, den 9. Januar 2025

Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien  
Dr. Stephan Meyer  
Verbandsvorsitzender

## **Bekanntmachung des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien über die 124. Sitzung der Verbandsversammlung**

**Vom 9. Januar 2025**

Der Regionale Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien lädt für den 14. Februar 2025 zur nächsten Sitzung der Verbandsversammlung (öffentliche Sitzung) in das Haus der Tausend Teiche, Warthaer Dorfstraße 29, 02694 Malschwitz OT Wartha ein.

### **Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Beschlussfassung zur Tagesordnung
2. Bestätigung des Protokolls der 123. Verbandsversammlung vom 6. November 2024
3. Sachliche Teilfortschreibung der Zweiten Gesamtfortschreibung des Regionalplanes für das Kapitel 6.4 Energieversorgung und erneuerbare Energien – Vorstellung und Diskussion der Abwägungsvorschläge
  - Allgemeine Informationen zur Abwägung
  - Abwägungsvorschlag der Verbandsverwaltung zu den eingegangenen Stellungnahmen zur Scoping-Unterlage für die Umweltprüfung
  - Abwägungsvorschlag der Verbandsverwaltung zu den eingegangenen Stellungnahmen zum Vorentwurf
4. Beschlussfassung zur Stellungnahme zum Zielabweichungsverfahren zum B-Plan Nr. 34 „PV-Anlage Klein Neida“ der Stadt Hoyerswerda
5. Beschlussfassung zur Stellungnahme zum Zielabweichungsverfahren zum B-Plan „Photovoltaikfreiflächenanlage Groß Düben“ der Gemeinde Groß Düben
6. Beschlussfassung zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan für 2025
7. Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses 2022
8. Informationen zum Prüfungsbericht über die überörtliche Prüfung des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien für die Haushaltsjahre 2009 bis 2022
9. Bekanntgaben und Anfragen

Bautzen, den 9. Januar 2025

Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien  
Dr. Stephan Meyer  
Verbandsvorsitzender

# Grundordnung des Studentenwerks Dresden

Vom 5. Dezember 2024

Gemäß § 120 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 des Sächsischen Hochschulgesetzes vom 31. Mai 2023 (SächsGVBl. S. 329), das durch Artikel 8 Absatz 9 des Gesetzes vom 6. Juli 2023 (SächsGVBl. S. 467) geändert worden ist, hat der Verwaltungsrat des Studentenwerks Dresden die folgende Grundordnung beschlossen:

## Präambel

Das Studentenwerk Dresden erbringt für die Studierenden der ihm gemäß Zuordnungsverordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus (nachfolgend „SMWK“ genannt) zugeordneten Bildungseinrichtungen und für die Studierenden an Bildungseinrichtungen, mit denen ein Versorgungsvertrag besteht, qualitativ hochwertige Leistungen zu sozialverträglichen Preisen im Sinne von § 118 Abs. 4 SächsHSG. Es erfüllt diese Aufgabe als nach kaufmännischen Regeln arbeitendes Wirtschaftsunternehmen mit sozialer Bindung.

Das Studentenwerk Dresden setzt sich für die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesundheitlichen Belange der Studierenden ein und trägt zur Realisierung der Chancengleichheit und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen rund um das Studium bei. Darüber hinaus fördert es studentische Eigeninitiative und arbeitet eng und vertrauensvoll mit Studierenden und ihren gewählten Vertretungen zusammen.

In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, eine nachhaltige Zukunft zu gestalten, versteht das Studentenwerk die Bedeutung der Integration von Nachhaltigkeit, sozialer Verantwortung und einem effizienten Umgang mit Ressourcen als Grundsatz. Nachhaltige Entwicklung integriert es inhaltlich, methodisch und strategisch in Kommunikation, Transfer, Organisation und Betrieb. Durch seine Arbeitsweise strebt es eine Vorbildfunktion zu aktivem Umweltschutz, Klimaschutz und Ressourcenschonung an.

Verwaltungsrat, Geschäftsführung, Führungskräfte und betriebliche Interessenvertretungen sind sich ihrer Verpflichtung und Vorbildrolle für partnerschaftliches Verhalten und ein positives Betriebsklimabewusst. Sie tragen für die Umsetzung und Einhaltung der Werte des Studentenwerks Dresden Sorge.

## § 1

### Zweck und Aufgaben

(1) Die Aufgabe des Studentenwerks Dresden, Anstalt des öffentlichen Rechts – nachfolgend als „Studentenwerk“ bezeichnet – besteht darin, für die Studierenden der ihm zugeordneten Hochschulen und für die Studierenden an Bildungseinrichtungen, mit denen ein Versorgungsvertrag besteht, Dienstleistungen im Sinne von § 118 Abs. 4 SächsHSG zu erbringen. Es nimmt diese Aufgabe wahr insbesondere durch

1. Errichtung und Betrieb von Hochschulgastronomiebetrieben (Mensen und Cafeterien),
2. Errichtung, Vermietung und Vermittlung von studentischem Wohnraum,

3. Schaffung und Betrieb von Einrichtungen und Angeboten zur Kinderbetreuung sowie zur Förderung der Vereinbarkeit von Studium und Familie
4. Förderung kultureller und sozialer Interessen der Studierenden (z. B. Studentenhäuser, Studentencubs, künstlerische Gruppen, Tutorinnen und Tutorenprogramm), insbesondere um die Vielfalt der studentischen Lebensrealität zu unterstützen und diskriminierungsfreie Räume zu schaffen
5. Beratungs- und Unterstützungsangebote in studien-spezifischen Angelegenheiten wie beispielsweise psychosoziale Beratung, Rechtsberatung und Sozialberatung und Studienfinanzierung
6. Unterstützung von Studierenden in besonderen Lebenslagen am Hochschulstandort, z. B. Studierende mit Kind, Studierende mit einer Behinderung oder chronischen Erkrankung und internationale Studierende
7. Bildung und Verwaltung eines Sozialfonds für Studierende.
8. Maßnahmen zur Gesundheitsförderung
9. Informations- und Orientierungsangebote zu studien-spezifischen Themen

(2) Entsprechendes gilt für Schülerinnen und Schüler, wenn das Studentenwerk gemäß § 118 Abs. 3 Satz 2 SächsHSG Kraft Vertrages Aufgaben für schulische Einrichtungen übernimmt, welche ihrerseits Aufgaben nach dem Schulgesetz für den Freistaat Sachsen (SchulG) in seiner jeweils gültigen Fassung wahrnehmen. In diesem Sinne betreibt das Studentenwerk Einrichtungen und Angebote gemäß Abs. 1.

(3) Gemäß § 118 Abs. 7 SächsHSG kann das Studentenwerk mit Genehmigung des SMWK weitere Aufgaben übernehmen wie insbesondere die Kantinenversorgung von Landesbediensteten und Schülerinnen und Schülern sowie den Betrieb von Kindertagesstätten für die Hochschulen, soweit dies wirtschaftlich zweckmäßig und die Finanzierung gesichert ist. Gleiches gilt für den Cateringservice, insbesondere für Hochschulveranstaltungen. In diesem Sinne betreibt das Studentenwerk Angebote zur Kinderbetreuung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Hochschulen und hochschulnahe Einrichtungen sowie Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung für Schülerinnen und Schüler und Landesbedienstete, insbesondere Bedienstete an den Hochschulen sowie einen Cateringservice.

(4) Aufgaben nach § 118 Abs. 3, 4 und 7 SächsHSG nimmt das Studentenwerk im Rahmen seiner Selbstverwaltung wahr. Als staatliche Aufgabe gemäß § 118 Abs. 5 SächsHSG obliegt dem Studentenwerk die Ausführung der Ausbildungsförderung sowie, wenn durch das Staatsministerium als staatliche Aufgabe übertragen, die Bewilligung von Stipendien aus Mitteln des Freistaates Sachsen.

## § 2

### Gemeinnützigkeit

(1) Das Studentenwerk verfolgt bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 1 Absätze 1, 2 und 3 Satz 1 ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Ab-

schnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung in folgender Weise:

1. Der gemeinnützige Zweck nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 wird durch die Versorgung der Studierenden mit Speisen und Getränken zu besonders günstigen Preisen verfolgt.
2. Der gemeinnützige Zweck nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 wird durch die preisgünstige Überlassung von Wohnraum an Studierende und das Angebot von Betreuungsmaßnahmen in Wohnheimen verfolgt.
3. Der gemeinnützige Zweck nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 besteht in der besonderen Hilfe und Förderung von Studierenden mit Kindern im Kleinkind- und Vorschulalter.
4. Der gemeinnützige Zweck nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 wird durch die Bereitstellung von Räumen für die Studierenden und durch die Förderung entsprechender Veranstaltungen, Projekte und studentischer Initiativen verfolgt.
5. Der gemeinnützige Zweck nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 und 6 wird durch Errichtung und Betrieb von Beratungseinrichtungen und das Angebot entsprechender Dienstleistungen verfolgt.
6. Der gemeinnützige Zweck nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 wird durch Gewährung von Beihilfen und Darlehen verfolgt.
7. Der gemeinnützige Zweck nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 wird durch entsprechende Maßnahmen und das Angebot entsprechender Dienstleistungen verfolgt.
8. Der gemeinnützige Zweck nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 wird durch entsprechende Informationsangebote, Veranstaltungen und Publikationen verfolgt.
9. Der gemeinnützige Zweck nach § 1 Absatz 2 wird durch geeignete Maßnahmen in entsprechender Anwendung der Bestimmungen unter den vorstehenden Nummern 1 bis 9 verfolgt.
10. Der gemeinnützige Zweck nach § 1 Abs. 3 Satz 3 1. Halbsatz wird im Sinne der Jugendhilfe durch entsprechende Angebote und Dienstleistungen, wie z.B. die Schaffung von Einrichtungen zur Kinderbetreuung verfolgt.
11. Der gemeinnützige Zweck nach § 1 Abs. 3 Satz 3 2. Halbsatz 1. Alt. wird im Sinne der Jugendhilfe durch die Errichtung und/oder den Betrieb entsprechender Gemeinschaftsverpflegungsangebote verfolgt.

(2) Das Studentenwerk mit seinen Einrichtungen ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Interessen. Die ihm zur Verfügung stehenden Mittel dürfen nur für gemeinnützige Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Studentenwerks fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

(3) Leistungen des Studentenwerks an Personen, die nach dieser Grundordnung nicht oder nicht unmittelbar zum begünstigten Personenkreis gehören, dürfen nur unter der Voraussetzung erbracht werden, dass die daraus entstehenden Kosten entgeltlich gedeckt werden und die Erfüllung der gemeinnützigen Zwecke nicht erheblich beeinträchtigt wird. Studierende, Schülerinnen und Schüler, die nicht unter den personellen Geltungsbereich von § 1 Absätze 1 und 2 fallen, werden für die einmalige oder kurzzeitige Inanspruchnahme der Leistungen des Studentenwerkes den in § 1 Absätze 1 und 2 genannten Studierenden, Schülerinnen und Schülern gleichgestellt. Näheres hierzu wird durch gesonderte Ordnung bestimmt.

### § 3 Organisation

(1) Die Organisationsstruktur des Studentenwerks ist in einem Organigramm wiedergegeben, welches nicht Bestandteil der Grundordnung ist und gesondert bekanntgegeben wird.

(2) Das Organisationsrecht liegt bei der Geschäftsführerin oder dem Geschäftsführer des Studentenwerks. Veränderungen in der Organisation des Studentenwerks bedürfen der Zustimmung des Verwaltungsrates, wenn sie in der Neuschaffung oder dem Wegfall von Geschäftsbereichen bestehen.

(3) Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer macht Veränderungen in der Organisation des Studentenwerks durch eine entsprechend aktualisierte Fassung des Organigramms bekannt.

(4) Die in der Präambel genannten Unternehmensziele haben ihren Niederschlag in einem Leitbild gefunden, das der Verwaltungsrat auf Vorschlag der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers beschließt und fortschreibt. Ebenso ist ein Qualitätsmanagement in allen Arbeitsbereichen des Studentenwerks eingeführt.

### § 4 Organe

Organe des Studentenwerks sind

- der Verwaltungsrat und
- die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer

Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind ehrenamtlich tätig. Auslagen werden erstattet

### § 5 Bildung des Verwaltungsrats

(1) Der Verwaltungsrat besteht aus zehn Personen, nämlich der Rektorin oder dem Rektor der Technischen Universität Dresden, fünf Studierenden, zwei Vertreterinnen oder Vertretern aus dem Kreis des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals gemäß § 73 Abs. 1 SächsHSG – mit Ausnahme der studentischen Hilfskräfte – und der Kanzlerinnen oder Kanzler gemäß § 90 SächsHSG – nachfolgend „Hochschulpersonal“ genannt –, die von den Hochschulen, die dem Studentenwerk zugeordnet sind, entsandt werden. Ihm gehören außerdem je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Landeshauptstadt Dresden sowie der örtlichen Wirtschaft an.

(2) Die studentischen Mitglieder des Verwaltungsrates werden von den Studierendenräten, die Vertreterinnen und Vertreter des Hochschulpersonals werden von den Hochschulleitungen für die ganze Amtszeit benannt. Für die sieben wie vorstehend zu besetzenden Sitze für Hochschulmitglieder wird im Hinblick auf die Anzahl der immatrikulierten Studierenden folgende Verteilung vorgesehen: Die Technische Universität Dresden erhält drei Sitze für Studierende, die Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden und die Hochschule Zittau/Görlitz erhalten je einen Sitz für Studierende und in vorgenannter Reihenfolge alternierend einen Sitz für die Vertretung des Hochschulpersonals. Die Hochschule für Musik „Carl Maria von Weber“ Dresden, die Hochschule für Bildende Künste Dresden, die Palucca Hochschule für Tanz Dresden und die Duale Hochschule Sachsen entsenden in vorgenannter Reihenfolge abwechselnd eine Vertreterin oder Vertreter des Hochschulpersonals. Soweit

die Hochschulen die alternierend zu besetzenden Sitze nicht acht Wochen vor Ablauf der Amtszeit der Vorgängerin oder des Vorgängers neu besetzen, geht das Recht auf die nächste Hochschule in der Reihenfolge über. Soweit die in Satz 2 genannten Sitze für Studierende nicht sechs Wochen vor Ablauf der Amtszeit der Sitzinhaberin oder des Sitzinhabers benannt werden, geht das Besetzungsrecht an die Hochschule mit der jeweils nächstkleineren Studierendenzahl über. Können hierdurch nicht alle Sitze neu besetzt werden, werden freie Sitze zuerst durch die Technische Universität Dresden und dann durch die Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden und die Hochschule Zittau/Görlitz in dieser Reihenfolge besetzt. Diese im Nachrückverfahren erfolgte Besetzung gilt vorübergehend bis die betreffenden Sitze regulär durch den zuständigen Studierendenrat besetzt werden.

(3) Die Vertreterin oder der Vertreter der Landeshauptstadt Dresden wird durch die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister derselben entsandt. Die Vertreterin oder der Vertreter der örtlichen Wirtschaft wird gemeinsam durch die Industrie- und Handelskammer Dresden und die Handwerkskammer Dresden bestimmt und entsandt.

(4) Beratende Mitglieder gemäß § 120 Abs. 2 Satz 3 SächsHSG sind eine Vertreterin oder ein Vertreter des Staatsministeriums, die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer des Studentenwerkes sowie eine oder ein durch die Belegschaft des Studentenwerkes für die Dauer von zwei Jahren gewählte Vertreterin oder Vertreter der Beschäftigten des Studentenwerkes. Näheres bestimmt eine gesonderte Wahlordnung. Dem Verwaltungsrat gehört gemäß § 120 Abs. 2 Satz 3 SächsHSG abwechselnd für je eine Amtszeit des Verwaltungsrates als weiteres beratendes Mitglied die Kanzlerin oder der Kanzler der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden oder die Kanzlerin oder der Kanzler der Hochschule Zittau/Görlitz an und zwar stets die Kanzlerin oder der Kanzler derjenigen der vorgenannten Hochschulen, die in der jeweiligen Amtszeit gerade keinen Sitz mit Stimmrecht für das Hochschulpersonal inne hat. Die Anzahl weiterer beratender Mitglieder ist auf zwei begrenzt.

(5) Zwei weitere beratende studentische Mitglieder gem. § 120 Abs. 2 Satz 5 SächsHSG werden von den Studierendenvertretungen der Hochschule für Musik „Carl Maria von Weber“ Dresden, der Hochschule für Bildende Künste Dresden, der Palucca Hochschule für Tanz Dresden, der Duale Hochschule Sachsen sowie der Evangelische Hochschule Sachsen entsendet. Dabei entsenden die Hochschule für Bildende Künste Dresden und die Hochschule für Musik „Carl Maria von Weber“ Dresden in vorgenannter Reihenfolge abwechselnd eine Vertreterin oder einen Vertreter. Die Palucca Hochschule für Tanz Dresden, die Duale Hochschule Sachsen und die Evangelische Hochschule Dresden entsenden in vorgenannter Reihenfolge abwechselnd eine Vertreterin oder einen Vertreter. Soweit die in Satz 1 und 2 genannten Sitze für Studierende nicht sechs Wochen vor Ablauf der Amtszeit der Sitzinhaberin oder des Sitzinhabers benannt werden, geht das Besetzungsrecht an die folgende Hochschule über.

(6) Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden für eine Amtszeit von zwei Jahren benannt. Die Amtszeit der Mitglieder des Verwaltungsrates beginnt zum 1. Januar des laufenden Jahres und endet zum 31. Dezember des Folgejahres. Die Amtszeit von Verwaltungsratsmitgliedern, die aufgrund des Ausscheidens von Verwaltungsratsmitgliedern neu hinzukommen, beginnt mit ihrer Benennung bzw. Wahl und endet mit dem turnusmäßigen Ende der Amtszeit der ausgeschiedenen Verwaltungsratsmitglieder. Mit dem Aus-

scheiden eines Hochschulmitglieds aus der Hochschule verliert es seine Mitgliedschaft im Verwaltungsrat.

(7) Der bisherige Verwaltungsrat, die oder der Vorsitzende sowie die oder der stellvertretende Vorsitzende bleiben ab dem Ende ihrer regulären Amtszeit bis zur konstituierenden Sitzung des neuen Verwaltungsrates in dringlichen Angelegenheiten im Sinne von § 6 Abs. 3 Satz 3 entscheidungsbefugt.

(8) Mitglieder, die nicht durch Wahl bestimmt sind, sondern dem Verwaltungsrat auf Grund ihres Amtes angehören, können für einzelne Sitzungen oder für eine bestimmte Zeit ihrer Amtszeit durch eine von ihnen bestimmte Stellvertretung in diesem Amt vertreten werden.

(9) Die studentischen Mitglieder können sich aus wichtigem Grund für eine oder mehrere Sitzungen durch Abwesenheitsvertretungen vertreten lassen. Die Abwesenheitsvertretungen sind der Geschäftsstelle des Verwaltungsrates in Textform mitzuteilen. Die Abwesenheitsvertretungen sind hinreichend über die Beratungsgegenstände zu informieren.

(10) Bei Abwesenheit kann jedes stimmberechtigte Mitglied seine bzw. ihre Stimme auf ein anderes Mitglied übertragen. Die Übertragung ist der Geschäftsstelle des Verwaltungsrates schriftlich anzuzeigen. Jedes stimmberechtigte Mitglied darf maximal zwei Stimmen führen.

## § 6

### Zuständigkeit und Verfahren des Verwaltungsrats

(1) Der Verwaltungsrat hat zusätzlich zu den in § 120 Abs. 3 und 5 SächsHSG aufgeführten Aufgaben die folgenden Aufgaben:

- Bestimmung der Wirtschaftsprüferin oder des Wirtschaftsprüfers;
- Zustimmung zur Einstellung und Entlassung von Geschäftsbereichsleiterinnen und Geschäftsbereichsleitern;
- Genehmigung von Beschlüssen der Gesellschafterversammlung von Gesellschaften, an denen das Studentenwerk unmittelbar oder mittelbar mit Mehrheit beteiligt ist, die die Änderung des Gesellschaftervertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen, Umwandlung nach dem Umwandlungsgesetz, Übernahme von Aufgaben, die Aufgabe bisheriger Unternehmensgegenstände oder die Auflösung der Gesellschaft zum Inhalt haben;
- Bestellung und Abberufung von Mitgliedern von Aufsichtsräten, Beiräten und ähnlichen Gremien bei Gesellschaften, an denen das Studentenwerk beteiligt ist.

(2) Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte mit der Mehrheit seiner Mitglieder eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine stellvertretende Vorsitzende oder einen stellvertretenden Vorsitzenden für eine Amtszeit von zwei Jahren. Für Beginn und Ende der Amtszeit der bzw. des Vorsitzenden und ihrer bzw. seiner Stellvertreterin oder ihres bzw. seines Stellvertreters gelten die für die Amtszeit von Verwaltungsratsmitgliedern geltenden Bestimmungen dieser Grundordnung entsprechend. Ist die oder der Vorsitzende nichtstudentisch, so muss die oder der stellvertretende Vorsitzende eine Studierende oder ein Studierender sein und umgekehrt.

(3) Der Verwaltungsrat wird von seiner oder seinem Vorsitzenden nach Bedarf einberufen; er ist von der oder dem Vorsitzenden auf schriftlichen Antrag von mindestens fünf Verwaltungsratsmitgliedern oder der Geschäftsführerin oder

des Geschäftsführers innerhalb von 14 Tagen einzuberufen. Im Einvernehmen zwischen der oder dem Vorsitzenden und der Geschäftsführerin oder dem Geschäftsführer können dringliche Angelegenheiten auch durch schriftliche Abstimmung entschieden werden. Dringliche Angelegenheiten sind solche, bei denen ein Zuwarten bis zur nächsten Verwaltungsratssitzung für das Studentenwerk Dresden nachteilig wäre. In Angelegenheiten, bei welchen eine Entscheidung so eilbedürftig ist, dass weder die nächste Verwaltungsratssitzung noch die schriftliche Abstimmung abgewartet werden können, ist die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer gemeinsam mit der oder dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates und der oder dem stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates berechtigt, eine sofortige vorläufige Entscheidung zu treffen, die dem Verwaltungsrat nachträglich, spätestens jedoch in seiner nächsten Sitzung, zur Überprüfung und endgültigen Entscheidung vorzulegen ist. Dies gilt entsprechend für § 5 Absatz 6.

(4) Der Verwaltungsrat tagt in nicht öffentlicher Sitzung.

(5) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Soweit das SächsHSG nichts anderes vorsieht, werden die Beschlüsse des Verwaltungsrates mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Im Übrigen bestimmt sich die Tätigkeit des Verwaltungsrates nach der Geschäftsordnung, die sich der Verwaltungsrat gibt.

(6) Einmal jährlich werden die Rektorinnen und Rektoren sowie je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Studierendenräte der Hochschulen, für die das Studentenwerk per Zuordnungsverordnung oder Verwaltungsvereinbarung tätig ist und die nicht durch ein Mitglied im Verwaltungsrat repräsentiert sind, in eine Verwaltungsratssitzung eingeladen.

(7) Der Verwaltungsrat tagt grundsätzlich in Präsenz. Einzelne Sitzungen des Verwaltungsrates können auch ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum durchgeführt werden, sofern eine Beratung und Beschlussfassung durch zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton mittels geeigneter technischer Hilfsmittel, insbesondere in Form einer Videokonferenz, möglich ist. Dabei ist sicherzustellen, dass die technischen Anforderungen und die datenschutzrechtlichen Bestimmungen für eine ordnungsgemäße Durchführung der Sitzung einschließlich Beratung und Beschlussfassung eingehalten werden. Über die Durchführung der Sitzungen gem. Satz 2 entscheidet die oder der Vorsitzende des Verwaltungsrates im Benehmen mit der oder dem stellvertretenden Vorsitzenden. Im Übrigen gelten die Regelungen des § 6 Abs. 3 bis 5 entsprechend.

## **§ 7 Geschäftsführung**

(1) Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer führt die Geschäfte des Studentenwerks und vertritt das Studentenwerk gerichtlich und außergerichtlich.

(2) Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter des Personals des Studentenwerks. Sie oder er entwirft den Wirtschaftsplan für das jeweilige Wirtschaftsjahr und legt den Entwurf dem Verwaltungsrat vor. Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer stellt nach Ende eines jeden Wirtschaftsjahres den Jahresabschluss auf.

(3) Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer informiert den Verwaltungsrat regelmäßig über die laufende Geschäftstätigkeit des Studentenwerks, sie oder er bereitet die Sitzungen des Verwaltungsrates vor und führt dessen Beschlüsse aus.

(4) Gegenüber der Geschäftsführerin oder dem Geschäftsführer wird das Studentenwerk durch die Rektorin oder den Rektor der Technischen Universität Dresden in ihrer bzw. seiner Eigenschaft als Mitglied des Verwaltungsrates vertreten, sofern das SächsHSG hierzu nichts Abweichendes bestimmt.

(5) Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer bestimmt für den Fall ihrer bzw. seiner Verhinderung eine ständige Vertretung. Hierzu bedarf es der Zustimmung des Verwaltungsrates. Für den Fall, dass die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer und die ständige Vertretung gleichzeitig verhindert sind, kann die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer befristet eine Abwesenheitsvertretung mit der Führung der laufenden Geschäfte beauftragen und entsprechend bevollmächtigen, ohne dass es hierfür eines Beschlusses des Verwaltungsrates bedarf. Der Umfang der Vollmacht der Abwesenheitsvertretung ist inhaltlich auf das notwendige Maß zu beschränken.

## **§ 8 Wirtschaftsführung**

(1) Wirtschaftsführung und Rechnungswesen des Studentenwerks bestimmen sich nach kaufmännischen Grundsätzen. Die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sind zu beachten. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Der vom Studentenwerk jährlich aufzustellende Wirtschaftsplan besteht aus den Vorbemerkungen, dem Erfolgsplan mit den Stellenübersichten für die einzelnen Kostenstellen, dem Investitionsplan sowie dem Finanzplan. Der Wirtschaftsplan enthält alle vorhersehbaren Maßnahmen des Studentenwerks, welche Aufwand oder Ertrag bzw. Ausgaben oder Einnahmen verursachen. Der Wirtschaftsplan soll in Aufwand und Ertrag ausgeglichen sein; ein negatives Ergebnis des Erfolgsplanes soll durch Entnahme aus Rücklagen ausgeglichen werden können.

(3) Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes nicht vorhergesehene Maßnahmen sowie wesentliche Veränderungen der geplanten Maßnahmen müssen vor deren Durchführung beantragt und genehmigt werden. Für die Behandlung und Genehmigung dieser Anträge gelten die Vorschriften für die Genehmigung des Wirtschaftsplans entsprechend. Wesentlich sind Veränderungen in der Finanzierung oder Änderungen des Erfolgsplans, die über die zulässige Deckungsfähigkeit hinausgehen. Nicht veranschlagte Investitionen und Mehrausgaben sind nur zulässig, wenn sie durch Einsparungen bei anderen genehmigten Investitionen oder bei einem während des Wirtschaftsjahres erkennbaren, überplanmäßigen Jahresüberschuss im Erfolgsplan gedeckt werden können und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten den vom Verwaltungsrat jährlich festzusetzenden Höchstbetrag nicht überschreiten.

(4) Die Prüfung des Jahresabschlusses durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen schließt die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 HGrG ein.

**§ 9**  
**Bekanntmachungen**

Die Grundordnung und sonstige Ordnungen des Studentenwerks werden im Sächsischen Amtsblatt/Amtlicher Anzeiger bekanntgemacht. Des Weiteren werden die vorgenannten Regelungen zusätzlich auf der Homepage des Studentenwerks veröffentlicht.

**§ 10**  
**Inkrafttreten**

Diese Grundordnung tritt, mit Ausnahme von § 5 Abs. 5, mit ihrer Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt/Amtlicher Anzeiger in Kraft. Gleichzeitig tritt die Grundordnung des Studentenwerks Dresden vom 3. Februar 2009 (SächsABl. AAz. S. A 174) in der Fassung der Ordnung zur Änderung der Grundordnung des Studentenwerkes Dresden vom 7. Dezember 2023 (SächsABl. AAz. 2024 S. A 7) außer Kraft. § 5 Abs. 5 dieser Grundordnung tritt zum 01.01.2026 in Kraft.

Dresden, den 5. Dezember 2024

Studentenwerk Dresden  
Michael Rollberg  
Geschäftsführer

**Bekanntmachung  
des Vereins „Förderverein der Grundschule Euba e.V.“  
über die Auflösung des Vereins  
(Amtsgericht Chemnitz – VR 2122)**

**Vom 7. Januar 2025**

Durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 5. Dezember 2024 wird der Förderverein der Grundschule Euba e.V. mit Sitz in 09128 Chemnitz, Beutenbergstraße 74 (Amtsgericht Chemnitz – VR 2122) aufgelöst.

Gläubigerinnen und Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen bei dem Liquidator  
– Arnd Heidemüller, wohnhaft 09128 Chemnitz, Beutenbergstraße 74 –  
anzuzeigen.

Chemnitz, den 7. Januar 2025

Arnd Heidemüller  
Liquidator



# Gerichte

## Aufgebotsverfahren

**Amtsgericht Chemnitz**  
**Aktenzeichen: 1 II 72/24**

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 7. Januar 2024 folgendes Aufgebot veröffentlicht:

Herr Egon Clausnitzer, Carl-von-Ossietzky-Straße 167, 09127 Chemnitz und Frau Eva Clausnitzer, Carl-von-Ossietzky-Straße 167, 09127 Chemnitz haben das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE56 8705 0000 3374 1920 40, ausgestellt von der

Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz auf den Namen Egon und Eva Clausnitzer, zuletzt wohnhaft Carl-von-Ossietzky-Straße 167, 09127 Chemnitz, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 7. April 2025 seine Rechte schriftlich beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Chemnitz, den 9. Januar 2024

Amtsgericht Chemnitz  
Abo-Rady  
Rechtspflegerin

**Amtsgericht Chemnitz**  
**Aktenzeichen: 1 II 46/24**

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE98 8709 6214 3600 1604 26, ausgestellt von der Volksbank Chemnitz, Innere Klosterstraße 15 in 09111 Chemnitz auf den Namen Christina Wolske, zuletzt wohnhaft Michaelstraße 37, 09116 Chemnitz, wird der Ausschie-

ßungsbeschluss vom 9. Januar 2025 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz im Zimmer 2.124 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 10. Januar 2025

Amtsgericht Chemnitz  
Abo-Rady  
Rechtspflegerin

**Amtsgericht Chemnitz**  
**Aktenzeichen: 1 II 47/24**

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE24 8709 6214 3600 1604 00, ausgestellt von der Volksbank Chemnitz, Innere Klosterstraße 15 in 09111 Chemnitz auf den Namen Richard Wolske, zuletzt wohnhaft Michaelstraße 37, 09116 Chemnitz, wird der Ausschlie-

ßungsbeschluss vom 9. Januar 2025 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz im Zimmer 2.124 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 10. Januar 2025

Amtsgericht Chemnitz  
Abo-Rady  
Rechtspflegerin

**Amtsgericht Chemnitz**  
**Aktenzeichen: 1 II 48/24**

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE61 8705 0000 3393 0194 56, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51 in 09111 Chemnitz auf den Namen Uwe Schmidtchen, zuletzt wohnhaft Alfred-Neubert-Straße 18, 09126 Chemnitz, wird der Ausschlie-

ßungsbeschluss vom 9. Januar 2025 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz im Zimmer 2.124 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 10. Januar 2024

Amtsgericht Chemnitz  
Abo-Rady  
Rechtspflegerin

## Stellenausschreibungen

Die **Stadtverwaltung Reichenbach** beabsichtigt in der Abteilung Schulen/Kultur/Sport/Soziales eine Stelle als

### **Sachbearbeiter Wohngeldstelle (m/w/d)**

zum **nächstmöglichsten Zeitpunkt** zu besetzen.

#### **Zu Ihren Aufgaben gehören im Wesentlichen:**

- vollständige, fristgerechte Bearbeitung und abschließende von Wohngeldanträgen auf Mietzuschuss und Lastenausgleich unter Ausübung des gesetzlichen Ermessens
- umfassende Beratung von wohngeldberechtigten Personen
- Erstellung von Versagungs-, Rückforderungs- und Rücknahmebescheiden
- Zuarbeiten bei Widerspruchsverfahren
- Bearbeitung weiterer Antragsarten, wie Erhöhungen, Veränderungen, Berichtigungen et cetera
- Fertigen von Statistiken

#### **Wir erwarten:**

- Abschluss im mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst (Verwaltungsfachangestellter (m/w/d), Abschluss Angestellten-Lehrgang I) oder adäquate Ausbildung mit Verwaltungserfahrung
- Kenntnisse im Wohngeldrecht sind wünschenswert
- selbstständige, eigenverantwortliche Arbeitsweise und Zuverlässigkeit
- Team- und Kommunikationsfähigkeit sowie Kooperationsfähigkeit
- Sicherheit in der Anwendung moderner Datentechnik
- fundierte PC-Kenntnisse (Word, Excel, Outlook, Internet)
- Bereitschaft zur Fort- und Weiterbildung

#### **Wir bieten:**

- einen attraktiven Arbeitsplatz innerhalb eines motivierten Teams mit flexiblen Arbeitszeiten (Gleitende Arbeitszeit)
- Besetzung einer Vollzeitstelle (wöchentlich 39 Stunden)
- Eingruppierung nach der Entgeltgruppe 9a TVöD
- verschiedene Sonderzahlungen nach TVöD (zum Beispiel Jahressonderzahlung)
- betriebliche Altersvorsorge
- Probezeit: 6 Monate
- fachspezifische Weiterbildungsmöglichkeiten

Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei gleicher fachlicher und persönlicher Eignung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften bevorzugt berücksichtigt. Ein entsprechender Nachweis über das Vorliegen einer Schwerbehinderung beziehungsweise Gleichstellung ist bitte in Kopie beizufügen.

Bewerbungen richten Sie bitte mit tabellarischem Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Qualifizierungsnachweisen, Arbeitszeugnissen und Beurteilungen bis zum **11. Februar 2025** an

**Stadtverwaltung Reichenbach im Vogtland,  
Stabsstelle, Abt. Hauptverwaltung/Personalwesen,  
Markt 1, 08468 Reichenbach im Vogtland,  
E-Mail: [personalwesen@reichenbach-vogtland.de](mailto:personalwesen@reichenbach-vogtland.de)**

Wir weisen darauf hin, dass wir als Einrichtung des öffentlichen Dienstes für die Teilnahme an Vorstellungsgesprächen keine Reisekosten erstatten können.

Datenschutzhinweise: Mit Ihrer Bewerbung willigen Sie ein, dass Ihre Daten bis zur Beendigung des Auswahlverfahrens gespeichert und verarbeitet werden. Ausführliche Informationen dazu finden Sie auf unserer Homepage [www.reichenbach-vogtland.de](http://www.reichenbach-vogtland.de) unter der Rubrik Service/Datenschutz.

Die **Stadtverwaltung Reichenbach im Vogtland** beabsichtigt für die städtischen Jugendeinrichtungen eine Stelle

**Sozialpädagoge städtische Jugendeinrichtungen  
(m/w/d)**

zum nächstmöglichen Zeitpunkt für den Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Mobilen Jugendarbeit neu zu besetzen.

**Wir suchen** eine zielstrebige, fachlich kompetente und belastbare Persönlichkeit mit einem hohen Maß an Engagement und Eigeninitiative sowie Durchsetzungsvermögen.

**Zu Ihren Aufgaben gehören im Wesentlichen:**

- mobile Jugendarbeit im Stadtgebiet Reichenbach im Vogtland und offene Jugendarbeit im städtischen Jugendzentrum/-treff (Betreuungsbereich Altersgruppe 6-27 Jahre) nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch
- einzelfallbezogene Hilfen
- Gruppen- und Elternarbeit, Netzwerkarbeit und Kooperationen
- eigenverantwortliche Durchführung von Veranstaltungen, Projekten, Ausfahrten, Ferienfreizeiten und Evaluation mit Teilnehmern
- Beantragung und Abrechnung der dafür notwendigen finanziellen Mittel
- Absicherung des allgemeinen Clubbetriebes im Rahmen des Dienstplanes
- konzeptionelle Arbeit, Evaluierung und Fortschreibung
- Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit, Organisation
- Mitarbeit Jugendbeteiligung

**Wir erwarten:**

- anerkannter Abschluss als Sozialarbeiter/in, Sozialpädagoge/in (HS/FH/BA), Diplompädagoge/in mit der Studienrichtung Sozialpädagogik/Sozialarbeit oder Bachelor of Arts – Erziehungswissenschaften
- bei abweichender Qualifikation der Bewerber entscheidet der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe unter ergänzender Beachtung der zurechtlichen Bestimmungen im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens und nach Maßgabe des Achten Buches Sozialgesetzbuch
- eigenverantwortliches Arbeiten und Interesse an konzeptioneller Weiterentwicklung
- Teamfähigkeit, Soziale Kompetenz, wie Konfliktfähigkeit, Einfühlungsvermögen, Fähigkeit Vertrauen aufzubauen
- Koordinationsfähigkeit, zielorientiertes Handeln und Zuverlässigkeit
- systematische und strukturierte Arbeitsweise, hohes Maß an Eigeninitiative, Engagement und Kreativität
- Freude an der Arbeit mit jungen Menschen
- Verantwortungsbewusstsein gegenüber Kindern und deren Eltern
- einschlägige Erfahrungen in der Kinder- und Jugendarbeit wünschenswert

- Kontaktfreudigkeit im Umgang mit Kindern und Jugendlichen
- interkulturelle Kompetenzen beziehungsweise Bereitschaft, sich diese anzueignen
- PKW-Führerschein
- Bereitschaft zur Qualifizierung
- Grundkenntnisse in Englisch sind wünschenswert
- fundierte PC-Kenntnisse (Word, Excel, Internet, Soziale Medien)
- Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung (in der Regel Montag bis Freitag zwischen 11:00 und 19:00 Uhr), zum Teil Wochenendeinsätze möglich

Setzen Sie Impulse in der Kinder- und Jugendarbeit und gestalten Sie das soziale Leben in der Stadt Reichenbach im Vogtland aktiv mit!

**Wir bieten:**

- Besetzung einer Vollzeitstelle mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 100 Prozent (derzeit 39 Stunden/Woche); die Arbeit in Teilzeit ist möglich
- Eingruppierung nach der Entgeltgruppe S 11b TVöD-SuE
- Probezeit: 6 Monate
- betriebliche Altersvorsorge

Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei gleicher fachlicher und persönlicher Eignung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften bevorzugt berücksichtigt. Ein entsprechender Nachweis über das Vorliegen einer Schwerbehinderung beziehungsweise Gleichstellung ist bitte in Kopie beizufügen.

Bewerbungen richten Sie bitte mit tabellarischem Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Qualifizierungsnachweisen und Impfstatus bis zum **12. Februar 2025** an **Stadtverwaltung Reichenbach im Vogtland, Stabsstelle, Abt. Hauptverwaltung/Personalwesen, Markt 1, 08468 Reichenbach im Vogtland, E-Mail: [personalwesen@reichenbach-vogtland.de](mailto:personalwesen@reichenbach-vogtland.de)**

Weiterhin ist der Antrag auf ein **erweitertes Führungszeugnis** nach § 30a Absatz 1 Nummer 2 des Bundeszentralregistergesetzes als Belegart OE von Ihnen bei Ihrer Meldebehörde zu stellen. Bei Antragstellung ist diese Stellenausschreibung der Meldebehörde vorzulegen. Das Führungszeugnis wird direkt an die Stadtverwaltung Reichenbach versendet und ist Grundvoraussetzung für eine eventuelle Einstellung. Als Beantragungsnachweis ist die Quittung der Bewerbung beizufügen.

Wir weisen darauf hin, dass wir als Einrichtung des öffentlichen Dienstes für die Teilnahme an Vorstellungsgesprächen keine Reisekosten erstatten können.

Datenschutzhinweise: Mit Ihrer Bewerbung willigen Sie ein, dass Ihre Daten bis zur Beendigung des Auswahlverfahrens gespeichert und verarbeitet werden. Ausführliche Informationen dazu finden Sie auf unserer Homepage [www.reichenbach-vogtland.de](http://www.reichenbach-vogtland.de) unter der Rubrik Service/Datenschutz.